Annener Zeitung

Die „Annener Zeitung" erscheint jeden Dienstag Donnerstag und Samstag.
Anzeigenpreis: Laut Tarif. — Postscheckkonto: Dortmund Nr. 12385.

Redaktion, Druck und Verlag von Fritz Küting, Annen, Bahnhofstr. 23, Telephon 334.

verbunden mit der „Annener Volkszeitung"
Anzeigeblatt für Annen und die benachbarten 14 Ortschaften.
Organ des Amtes Annen u. Landkreises Hörde,
sowie der Gemeinden Stockum-Düren.

Inserate finden bei der großen Auflage der „Annener Zeitung" weite u. billige Verbreitung. — Bei gerichtlicher Beitreibung oder bei Konkursen kommt jeder Annoncenrabatt in Wegfall.
Für die Aufnahme der Anzeigen an vorgeschriebenen Plätzen übernehmen wir keine Verantwortung.

Nr. 144. Sonnabend, den 1. Dezember 1923. 39. Jahrgang.

Die letzte Woche.

In seiner letzten Reichstagsrede vor dem Rücktritt des Reichsministeriums hat der Kanzler Dr. Stresmann unsere Lage als ziemlich hoffnungslos bezeichnet. Das ist ein unerfreuliches Wort zu Weihnachten, aber wir wollen es nicht zu sehr auf die Goldwage legen, wenn auch die Verzögerung der Neubildung des Kabinetts darauf hindeutet, daß die Kandidaten, an welche der Reichspräsident herantrat, die Schwierigkeiten der Lage nicht unterschätzt haben. Die Erwartung, daß die Aeußerung von der nächsten hoffnungslosen Zukunft doch zu einem helleren Bilde führen kann, stützt sich auf die steigende Einsicht der Bevölkerung, daß wir zusammenhalten und zusammenarbeiten müssen, und daß für die Aera der Spekulation das Ende gekommen ist. Einige Zuversicht gibt denn auch die Stellung der Ententestaaten zu einander, deren Minister in gegenseitiger Erregung einen „roten Kopf" bekommen haben.

Die deutschen Vertreter haben der Entente durch die Reparationskommission unsere Finanzlage geschildert, die der Sparsamkeit und dem guten Willen der Reichsregierung Rechnung getragen habe. Die neue Währung hätte natürlich nicht alles bessern können, aber es würde viel geholfen sein, wenn uns die Ruhraktion nicht so sehr geschädigt hätte. Entschieden bestritten ist von uns jedes Recht der Franzosen, in das Einbruchsgebiet einzurücken. Poincaré hat natürlich Einwände gefunden, aber die Engländer haben ihre uns freundliche Stellung beibehalten, und die Beauftragten der Ententestaaten konferieren demnächst in London über die verschiedenen Gegensätze, die sich herausgestellt haben. Aussicht auf einen Umfall der Engländer ist bis zur Stunde ebenso wenig vorhanden, wie auf ein volles Entgegenkommen der Pariser Regierung, so daß beide Teile nicht recht wissen, was sie anfangen sollen. Poincaré, der sich in der Deputiertenkammer ein neues Vertrauensvotum geholt hat, ist obenauf.

Das Uebereinkommen von Düsseldorf zwischen den Ruhrindustriellen und der internationalen Kommission für Fabriken und Bergwerke ist zwar zustande gekommen, es sind aber noch mancherlei Bedenken zu überwinden. Auch von der Einsetzung eines Direktoriums ist wieder die Rede. Die Franzosen haben Ludwigshafen besetzt und außerdem ist es zu neuen Plünderungen gekommen. Wie sie sich die Zukunft denken, geht daraus hervor, daß ihr kommandierender General Degoutte den Bau von Kasernen beschleunigt haben will. Danach hat es also mit einem Abmarsch der Einbruchstruppen gute Wege.

Die Ausgabe der neuen Rentenmark soll so beschleunigt werden, daß die Umwechslung der Papiermark baldigst erfolgen kann. Es bleibt nur zu wünschen, daß jetzt nicht wieder ein Aufhamstern der neuen Währung erfolgt, damit die Stücke derselben nicht knapp werden und die Kurse ungebührlich in die Höhe gehen. Ebenso soll verhütet werden, daß die Abgabe von Waren nur gegen Gold erfolgt, während die Annahme der Papiermark verweigert wird. Es ist erforderlich, daß alle Volkskreise zusammenhalten, damit der Uebergang der Währung auf regulärem Wege erfolgt, damit das beabsichtigte Ziel der Senkung der Preise auch wirklich erreicht wird.

Dauernde Regierungskrise.

Der Bürgerblock nicht zustande gekommen!

Der seit Tagen angestrebte Block aller bürgerlichen Reichstagsparteien von den Deutschnationalen bis zu den Demokraten ist nicht zustande gekommen. Als Vorbedingung dafür forderten die Deutschnationalen, daß auch in Preußen sofort eine gleiche Koalition gebildet werde. Dieser Forderung indessen gaben die Demokraten nicht nach. Sie erklärten vielmehr:

„Nachdem gegen den Wunsch der Deutschen Demokratischen Fraktion von den Deutschnationalen die Frage der Regierungsbildung im Reiche mit der Frage der preußischen Regierungsbildung verquickt ist, und dadurch eine Verzögerung und Beunruhigung geschaffen ist, lehnt die Fraktion die weiteren Verhandlungen zwischen den Fraktionen ab und will sich an der Bildung einer Regierung nur auf dem verfassungsmäßig vorgesehenen Wege, auf dem Wege der Verhandlungen mit einer vom Reichspräsidenten zum Reichskanzler ausersehenen Persönlichkeit, beteiligen."

Damit waren die Verhandlungen über eine bürgerliche Koalition erledigt. Es verlautet nun, Stegerwald werde jetzt den Versuch machen, aus einzelnen Persönlichkeiten ein Kabinett zusammenzustellen und es dann dem Reichstag zu überlassen, sich mit diesem Kabinett abzufinden.

Rücktritt Dr. Luthers.

Reichsfinanzminister Dr. Luther, der bis jetzt auch die Geschäfte seines Ministeriums weitergeführt hat, ist nunmehr entschlossen, unter allen Umständen zurückzutreten. In einem Brief an den Reichspräsidenten, in dem er diesen ersucht, ihn von der Weiterführung der Geschäfte nunmehr zu entbinden, gibt Dr. Luther unter anderem als Gründe dafür an:

„Der Grund für diese meine Bitte liegt darin, daß angesichts der tatsächlichen finanziellen Verhältnisse des Reichs jetzt Entscheidungen getroffen werden müssen, die von einer nur geschäftsführenden Reichsregierung und einem nur geschäftsführenden Reichsfinanzminister nicht getroffen werden können, weil es sich **um Entschließungen von höchster politischer Tragweite** handelt."

In seinem Schreiben weist Dr. Luther weiter hin auf die Erwerbslosenfürsorge im besetzten Gebiet, die überaus hohen Zahlungen an die Besatzungsmächte und betont endlich noch:

„Für das finanzielle Weiterleben des Reiches, wenn auch auf schmalster Grundlage, ist es ferner von entscheidender Bedeutung, daß im Monat Dezember bereits nennenswerte neue Einnahmen fließen. Die sachlichen Vorbereitungen für solche Einnahmesteigerungen sind, besonders auch durch Verhandlungen in den Reichsratsausschüssen, zum Abschluß gebracht. Der nunmehr dringend notwendige Entschluß über die weitere politische Behandlung der Angelegenheit kann aber nicht gefaßt werden, weil eine politisch verantwortliche Regierung nicht vorhanden ist."

London—Paris.

Meinungsaustausch über das Ruhrproblem.

Die Londoner Zeitungen veröffentlichen eine Art von Fragebogen, der zurzeit den britischen Sachverständigen für die Reparationsangelegenheiten zur Beantwortung vorliegt. Diese Fragen lauten:

1. Welche Haltung soll der englische Vertreter in der Rheinlandkommission gegenüber dem separatistischen Problem einnehmen?

2. Welchen Einfluß auf die englische Lage wird die Verbesserung des Verkehrs unter dem französisch-belgischen Abkommen mit den Ruhrindustriellen haben? Welcher Anteil der Reingewinne wird England zufallen und welche Haltung soll England bezüglich der geänderten Verkehrsverhältnisse, die demnächst im Rheinland eintreten werden, einnehmen?

Endlich wird noch um Beantwortung folgender Frage ersucht: Welcher juristische Rat soll Sir John Bradbury erteilt werden bezüglich seiner Stellungnahme zu den abweichenden französischen und deutschen Anschauungen über die Berechnung der Kosten der Ruhrbesetzung? Welcher Teil der Barzahlungen und der Sachleistungen durch Deutschland an Frankreich soll auf England entfallen?

Die Uebergoldpreise.

Forderungen des Reichswirtschaftsrates.

Der Unterausschuß des Reichswirtschaftsrates für Landwirtschaft und Ernährung hat einstimmig folgende Entschließung gefaßt:

„Der Unterausschuß lenkt das Augenmerk aller für die deutsche Wirtschaft verantwortlichen Kreise auf die vielfach zu hoch angesetzten Goldpreise. Diese zu hohen Goldpreise müssen schleunigst abgebaut werden, da andernfalls eine Konkurrenz mit dem Auslande auch in Zukunft unmöglich ist. Der Innenmarkt ist ebenfalls nicht genügend aufnahmefähig, da der frühere, rentenbeziehende Mittelstand enteignet und die breiten Schichten der Bevölkerung bei den hohen Goldpreisen noch nicht kaufkräftig genug sind. Mit der Verteilung der Goldzahlungsmittel, die beschleunigt werden muß, und mit der Beseitigung künstlich zu niedrig gehaltener Einheitskurse muß einhergehen der sofortige Abbau der Risikoprämien und der zu hohen Grundpreise. Es tritt sonst sofort die Entwertung der wertbeständigen Zahlungsmittel ein, und es beginnt eine neue fürchterliche Inflationsperiode."

Die Erklärung schließt mit der Forderung: „Die Warenverzeichnisse müssen überall im Reiche in Gold für alle Waren durchgeführt werden. Regierung und Wirtschaftsführung tragen besonders in dieser Uebergangsperiode für die Einleitung der Wiedergesundung der Wirtschaft eine Verantwortung, wie nie zuvor."

Der Reichslandbund gegen neue Inflation.

Mit der gleichen Frage hat sich auch der Gesamtvorstand des Reichslandbundes befaßt und ist dabei zu nachstehendem Ergebnis gekommen:

„Der Reichs-Landbund erwartet von der Reichsregierung, daß sie in öffentlicher Kundgebung erklärt, jede Maßnahme, die eine Fortsetzung der Zahlungsmittel- oder einer sonst irgendwie gearteten Inflation darstellt, nicht nur zu unterlassen, sondern auch zu bekämpfen, und daß sie einen für jedermann verständlichen Ueberblick gewährt über die augenblicklichen Geld- und Finanzverhältnisse des Reiches. Der Reichs-Landbund betrachtet die Aufhebung sämtlicher Devisenverordnungen als eine wichtige Voraussetzung für die Gesundung unserer Währung. Der Reichs-Landbund fordert weiter von dem Reichsfinanzminister, daß er die Währungsreform einschließlich ihrer Auswirkungen auf die Wirtschaft ehrlich und rückhaltlos durchführt, und erwartet von seinen Mitgliedern im Verwaltungsrat der Rentenbank, die Reichsregierung und insbesondere den Reichsfinanzminister bei der Beschreitung dieser Wege anzuregen und zu unterstützen."

Das Rheinparlament.

Die Vertretung der Rhein- und Ruhrbevölkerung.

Die Schaffung einer Art von Parlament für die alt- und neubesetzten Gebiete im Westen steht jetzt unmittelbar bevor.

In einer in Berlin abgehaltenen Beratung des rheinischen „Fünfzehnerausschusses" mit den Reichstagsabgeordneten der besetzten Gebiete wurde beschlossen, diesen Ausschuß zu einem 56er-Ausschuß zu erweitern unter Fühlungnahme mit den Landtags- und Provinziallandtags-Abgeordneten, der als legale Vertretung der Bevölkerung des besetzten Gebietes fungieren kann. Die Mitglieder des ermittelten Ausschusses müssen im besetzten Gebiet und in seinen Enklaven wohnen. Sie werden gewählt nach einem Schlüssel, der von dem Ministerium für die besetzten Gebiete auf Grund der letzten Landtagswahlen festgesetzt wird.

Im Zusammenhang mit den ganzen Vorgängen im Westen hat ferner die Zentrumsfraktion des Reichstags eine Interpellation eingebracht, in der die Reichsregierung unter Hinweis darauf, daß das besetzte Gebiet im Gegensatz zum unbesetzten Deutschland immer noch einer Art wertbeständigen Zahlungsmittels entbehrt, gefragt wird, ob sie bereit ist, die Rentenmark dem besetzten Gebiet in gleichem Umfange wie dem unbesetzten Gebiet zuzuführen, oder ob sie, falls sie dies für durchaus untunlich hält, gewillt ist, der geplanten rheinischen Goldnotenbank die längst nachgesuchte Genehmigung, die bisher versagt geblieben ist, zu erteilen.

Die staatsrechtlichen Verhältnisse.

Die Vorgänge im Westen begegnen vielfach einer sehr irrigen Auffassung, weshalb sich die Reichsregierung zu nachstehender Aufklärung veranlaßt sieht:

„Durch den Vertrag, den der Reichstagsabgeordnete Erkelenz auf dem außerordentlichen Parteitag der Deutsch-Demokratischen Partei in Elberfeld gehalten hat, hat zum erstenmal die breitere Oeffentlichkeit von den Verhandlungen Kenntnis erhalten, die in letzter Zeit zwischen Vertretern der Bevölkerung des besetzten Gebietes und dem französischen Mitgliede und Präsidenten der Interalliierten Rheinlandkommission in Koblenz, Tirard, stattgefunden haben. Erkelenz hat in diesem Zusammenhang die auf deutscher Seite bestehenden Pläne über die Zusammenfassung der besetzten Gebietsteile zu einem Zweckverband erwähnt. Da hierbei davon gesprochen wird, daß das neue Gebilde Finanzhoheit haben müßte, sowie das Recht und die Pflicht, alle Maßnahmen zu treffen, die ein souveräner Staat auf seinem Gebiete treffen könnte, sind vielfach irrige Auffassungen erweckt worden, als wenn man sich deutscherseits mit Aenderungen in den Staats- und Landeshoheiten des besetzten Gebietes abgefunden hätte. Dies ist völlig unzutreffend. Bei den verschiedenen Besprechungen, die zwischen Vertretern der besetzten Gebiete und den Regierungen des Reiches und der Länder stattgefunden haben, bestand völlige Einmütigkeit darin, daß an den Hoheitsverhältnissen im besetzten Gebiet weder inbezug auf das Reich noch inbezug auf die Länder während des gegenwärtigen Zustandes irgend welche Aenderungen eintreten können.

Aufwertung der Hypotheken.

Eine wichtige Reichsgerichtsentscheidung.

Die Frage der Aufwertung der Hypotheken angesichts der gesunkenen Kaufkraft des Papiergeldes beschäftigt begreiflicherweise die beteiligten Kreise seit Jahr und Tag. Nunmehr hat das Reichsgericht als oberste Instanz dazu Stellung genommen.

Der 5. Zivilsenat des Reichsgerichts hat in einer Klagesache eines Hypothekengläubigers gegen einen Grundstücksbesitzer in Luderitzbucht über die Frage der Möglichkeit der Hypothekenaufwertung eine prinzipielle Entscheidung gefällt, in der nach Paragr. 242 und 607 des Bürgerlichen Gesetzbuchs die Möglichkeit der Aufwertung der Hypotheken durchaus gegeben ist und nicht im Widerspruch zum deutschen Währungsrecht steht.

In seiner Begründung sagt das Reichsgericht unter anderem folgendes: „Es steht fest, daß der Gläubiger sich nicht mit der Zahlung in deutschem Papiergeld zufriedengeben muß. Der Senat ist sich bewußt, daß der von ihm aufgestellte Grundsatz der Aufwertung der Hypotheken im einzelnen noch zu vielen Schwierigkeiten und Zweifeln führen kann. Das ist aber nicht ein Beweis, daß dieser Grundsatz, den der Senat aus dem gesetzlichen Recht und aus der Billigkeit ableitete, dem Recht nicht entspricht. Er ist nur eine Folge der unglücklichen wirtschaftlichen Verhältnisse, in die wir geraten sind."

*

Damit hat sich das Reichsgericht der in letzter Zeit fast einmütig vertretenen Ansicht angeschlossen, daß Hypothekenforderungen grundsätzlich aufzuwerten sind. Das Gericht hat sich allerdings begreiflicherweise einer prinzipiellen Entscheidung darüber, in welcher Höhe die Aufwertung zu erfolgen habe, enthalten müssen. Denn eine solche grundsätzliche Beurteilung ist unmöglich. Es liegt jeder Fall anders. Ist eine Hypothek 1913 gegeben und im Oktober 1923 fällig geworden, so hat natürlich die Aufwertung nach anderem Maßstab zu erfolgen, als wenn sie 1921 gegeben wäre. Dem Richter, der Tatsachen zu würdigen imstande ist, also dem Landgericht und dem Oberlandesgericht, fällt die schwierige Aufgabe zu, das Aufwertungsmaß festzustellen. Der Richter wird den vom Reichsgericht in seiner Entscheidung zugrunde gelegten Satz des § 242 zur Anwendung zu bringen haben, wonach die Aufwertung nach Treu und Glauben, d. h. nach der Billigkeit unter sorgfältiger Abwertung aller im einzelnen Falle in Betracht kommenden Umstände erfolgen muß. Dazu gehören nicht nur die Hingabe- und Fälligkeitszeiten, sondern auch die Höherbewertung des Grundstücks und dasjenige, was nach Lage des einzelnen Falles dem Schuldner zuzumuten ist. Es müßte also von Fall zu Fall entschieden werden, ein immerhin langwieriges und kostspieliges Verfahren, sodaß ein schiedsrichterliches Verfahren entschieden vorzuziehen wäre.

Die endgültige Ministerliste.

Berlin, 1 Dezember. Der Reichspräsident hat den Senatspräsidenten Dr. Marx, M. d. R., zum Reichskanzler ernannt und auf seinen Vorschlag die Reichsregierung wie folgt neugebildet:

Dr. Marx (Ztr), Reichskanzler,
Dr. Jarres (D. Vp.), Vizekanzler und Inneres,
Dr. Stresemann (D. Vp.), Aeußeres,
Dr. Geßler (Dem.), Wehrminister,
Dr. Brauns (Zentr), Arbeitsminister,
Hoefle, Postminister und besetzte Gebiete,
Emminger (Bayr. Volksp), Justiz,
Dr. Luther (D Vp), Finanzen,
Oeser (Dem.), Verkehrsminister,
Graf Kanitz (parteilos), Landwirtschaftsminister,
Hamm (Dem.) Wirtschaftsminister.

Das Wiederaufbauministerium bleibt unbesetzt. Die sozialdemokratische Fraktion hat die Entscheidung über ihre Haltung dem neuen Kabinett gegenüber vertagt und wird dessen Programm abwarten. Der Termin für die Plenarsitzung des Reichstages soll heute festgesetzt werden. Voraussichtlich wird es der Dienstag sein.

Eberts Dank an Stresemann.

Berlin, 30 November. Der Reichspräsident hat an den scheidenden Reichskanzler Dr. Stresemann nachfolgendes Schreiben gerichtet:

Sehr geehrter Herr Reichskanzler!

Ihrem Antrage, Sie angesichts der durch den Beschluß des Reichstages vom 23. Novbr. gegebenen politischen Lage von Ihrem Amte zu entbinden, habe ich mit dem anliegenden Erlaß entsprochen. Ihnen bei diesem Anlaß namens des Reiches herzlichen Dank und aufrichtige Anerkennung für Ihre wertvolle und hingebende Arbeit für unser Land u. Volk auszusprechen, ist mir ein lebhaftes Bedürfnis. Sie haben in einer besonders ernsten Zeit die Bürde des Leiters der Reichsregierung und der deutschen Außenpolitik auf sich genommen. Unter Verhältnissen, die an Sie die höchsten Anforderungen stellten, haben Sie in unermüdlicher Tätigkeit während Ihrer Amtsführung mit Ihrer reichen politischen Erfahrung und Befähigung alle Kräfte daran gesetzt, des harten Druckes von außen, wie der hierdurch entstandenen Zwietracht und Not im Innern, Herr zu werden. Daß Sie Ihre Mitarbeit als Reichsminister des Auswärtigen auch der neugebildeten Regierung zur Verfügung stellten, begrüße ich besonders.

In Versicherung meiner besonderen Wertschätzung

gez. Ebert, Reichspräsident

Deutsche Nothilfe.

(Ein Aufruf an alle!)

Ein „Deutsche Nothilfe" betitelter, vom Reichspräsidenten, der Reichsregierung und den Regierungen der deutschen Länder unterzeichneter Aufruf besagt:

Schwerste wirtschaftliche Not lastet auf dem deutschen Volke. Ins Unermeßliche gestiegen ist das Elend. Kinder und Greise hungern Schaffensfreudige Männer und Frauen der besetzten Gebiete am Rhein und an der Ruhr sind aus Arbeit und Verdienst gerissen. Not und Elend sind groß, der darbenden Masse so viele, daß die Kraft des Staates allein nicht ausreicht. In aufopfernder Notgemeinschaft muß daher das deutsche Volke die zusammenbrechende Hilfe von Reich und Ländern stützen und das drohende Unheil abwenden. An alle Deutschen ergeht darum der Ruf: helft mit Geld und Gut! Gedenkt aller Deutschen, die hinstechen in Hunger und Entbehrung! Gedenkt insbesondere der ungeheuren Leiden, die Eure Brüder und Schwestern im Westen seit vielen Monaten erdulden! Gedenkt des Verzweiflungskampfes, den sie jetzt um das nackte Dasein, um ihre Zugehörigkeit zum Reiche führen! Teilt, was Ihr irgend entbehren könnt, mit Euren darbenden Volksgenossen! Aber nicht nur an alle Deutschen ergeht der Ruf, sondern an alle, die mitfühlen können mit dem furchtbaren Schicksal des gequälten deutschen Volkes Im Kampfe gegen die Hungersnot schließt sich das deutsche Volk zu einer großen Notgemeinschaft zusammen. Sämtliche gleichgerichteten Hilfsaktionen und Sammelorganisationen wirken in ihrem Dienste. Die „Deutsche Nothilfe" soll sie heißen. Folgt ihrem Ruf!

Die Reichsgeschäftsstelle befindet sich in Berlin W. 6, Wilhelmstraße 62 Spenden nehmen alle Banken, Sparkassen und Postanstalten entgegen. Die Durchführung der Sammlung „Deutsche Nothilfe" ist den bestehenden Organen des Deutschen Volksopfers übertragen worden. Es wird also keine neue Organisation geschaffen. Eine bedeutende Anzahl von großen Verbänden hat sich bereits geschlossen in den Dienst der Deutschen Nothilfe gestellt.

* * *

Weitere Zunahme der Arbeitslosigkeit.

Im unbesetzten deutschen Gebiete hat die Zahl der unterstützten Erwerbslosen am 15. 11. 1 250 000 betragen, gegenüber 943 000 am 1 11., die Zahl der unterstützten Kurzarbeiter 1 772 000 gegen 1 703 000. Die Zahl der Arbeitslosen in dem besetzten Gebiet wird unverändert dort auf mehr als 2 000 000 geschätzt.

Die zu hohen Goldpreise.

Der Unterausschuß des Reichswirtschaftsrates für Landwirtschaft und Ernährung nahm einstimmig eine Entschließung an, in der es heißt: Die vielfach zu hoch angesetzten Goldpreise müssen schleunigst abgebaut werden, da andernfalls eine Konkurrenz mit dem Auslande auch in Zukunft unmöglich ist. Der Innenmarkt ist ebenfalls nicht genügend aufnahmefähig, da der früher bestehende Mittelstand und die breiten Schichten der Bevölkerung bei den hohen Goldpreisen nicht kaufkräftig genug sind. Mit der Verteilung der Goldzahlungsmittel, die beschleunigt werden muß und mit der Beseitigung künstlich zu niedrig gehaltener Einheitskurse, muß einhergehen der sofortige Abbau der Risikoprämien und der zu hohen Goldpreise.

Der Rhein-Ruhr-Zweckverband.

Nur wirtschaftliche Gründe.

Durch den Vortrag, den der Reichstagsabgeordnete Erkelenz auf dem außerordentlichen Parteitage in Elberfeld gehalten hat, hat zum ersten Male die breitere Oeffentlichkeit von den Verhandlungen Kenntnis erhalten, die in letzter Zeit zwischen Vertretern der Bevölkerung des besetzten Gebietes und dem französischen Mitglieds und Präsidenten der Interalliierten Rheinlandskommission in Koblenz, Herrn Tirard stattgefunden haben. Herr Erkelenz hat in diesem Zusammenhang die auf deutscher Seite bestehenden Pläne über die Zusammenfassung der besetzten Gebietsteile zu einem Zweckverband erwähnt. Dabei hierbei gesagt wurde, daß das neue Gebilde die Hoheit haben müßte, sowie das Recht und die Pflicht, alle Maßnahmen zu treffen, die ein souveräner Staat auf seinem Gebiete treffen könnte, sind vielfach irrige Auffassungen erweckt worden, als wenn man sich deutscherseits mit Aenderungen in der Staats- und Landeshoheit des besetzten Gebietes abgefunden hätte. Dies ist völlig unzutreffend. Bei den verschiedenen Besprechungen, die zwischen Vertretern der besetzten Gebiete und den Regierungen des Reiches und der Länder stattgefunden haben, bestand völlige Einmütigkeit darüber, daß in den Hoheitsverhältnissen im besetzten Gebiete weder in bezug auf das Reich noch in bezug auf die Länder während des gegenwärtigen Zustandes irgendwelche Aenderungen eintreten könnten. Die Verhandlungen der Vertreter der Bevölkerung mit der Interalliierten Rheinlandskommission verfolgten nach deutscher Absicht auch keinerlei politische Ziele sondern lediglich wirtschaftliche Zwecke. Sie waren nötig geworden, da sich bisher die Regierungen der hauptsächlichsten Besetzungsmächte auf unmittelbare Verhandlungen mit der Reichsregierung nicht eingelassen haben, die unerträgliche Lage der Bevölkerung aber einen weiteren Aufschub nicht zuließ.

* * *

Das Industrie-Abkommen.

Der Berichterstatter des „G. A." bezeichnet die abgeschlossenen Verträge zwischen den rheinisch-westfälischen Großindustriellen u. den französischen Besatzungsbehörden als ein beiderseitig befriedigendes und hofft daraus den Beginn einer wirtschaftlichen Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich folgern zu können. In seinen Betrachtungen heißt es u. a: Jedes ehrlich denkenden Deutschen Wunsch und Willen müßte es ja sein, aus unseren ehemaligen Feinden Freunde mit gleichstrebenden wirtschaftlichen Interessen zu machen, sie mit uns zu einer materiellen Gemeinschaft zu verknüpfen, die besser fundiert ist als irgend ein rein politisches Bündnis. Gewiß gehört zur Verwirklichung dieser Idee ein gut Teil eiserner Energie und vor allen Dingen auch ein gewisses Maß persönlicher Selbstüberwindung auf beiden Seiten. Daß der Gedanke aber nicht als ganz unbrauchbar abzuweisen ist, dies geben selbst die führenden Pariser Blätter zu, die zum Teil bereits in dem Abkommen mit der Micum den Beginn einer wirtschaftlichen Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich sehen wollen.

So spricht die „Ere Nouvelle" schon von einer „Vermählung von deutscher Kohle mit französisch-lothringischem Erz", die imstande sein könne, die übrigen Industriestaaten, besonders aber Großbritannien, auf dem Weltmarkt konkurrenzunfähig zu machen. Das Blatt meint, gerade hierin liege der Grund für die immerwährenden englischen Bestrebungen, die Deutschen von ernstlichen Verhandlungen wirtschaftlicher Art mit der Pariser Regierung möglichst fernzuhalten, da England genau wisse, daß es in wirtschaftlicher wie industrieller Beziehung von dem Augenblicke an völlig kaltgestellt sein werde, wo das geplante industrielle Kartell im Herzen Europas mit den Hauptstützen Deutschland und Frankreich zur Tatsache geworden ist. — Andere Blätter äußern sich ähnlich und meinen, daß eine allmähliche wirtschaftliche Verbrüderung zwischen Deutschland u. Frankreich eine erhebliche Verschiebung des europäischen Gleichgewichts zur Folge haben und zum mindesten England aus seiner bisherigen unantastbaren Großmachtstellung hinausdrängen werde

Es mag zugegeben werden, daß die letzten im Ruhrgebiet abgeschlossenen Verträge als eine in ihrer Bedeutung nicht zu unterschätzende Annäherung zwischen Deutschland u. Frankreich zu werten sind, wenn auch praktisch von einer bereits vollzogenen Vermählung zwischen deutscher Kohle und französischem Erz noch lange nicht gesprochen werden kann. Denn vorläufig haben die oben erwähnten Abmachungen nur den positiven Wert, daß sie die Kohlen- und Koks lieferungen an Frankreich bindend festlegen und im übrigen die rheinisch-westfälische Industrie vor unprogrammäßigen Beschlagnahmen schützen Das bedeutet aber noch keine völlige wirtschaftliche Verbrüderung, wie man nach der Ere Nouvelle annehmen mußte Diese kann doch auch nur dann erreicht werden, wenn die Sonderverhandlungen zwischen Industrievertretern und Besatzungsbehörden durch planmäßige Verhandlungen von Regierung zu Regierung ergänzt werden Hoffen wir, daß Berlin nach Ueberwindung seiner augenblicklichen Kabinettsschwierigkeiten diese Versäumnisse recht bald nachholen, und der demnächstige Außenminister sofort die Initiative zu möglichst persönlichen Besprechungen mit Herrn Poincaree ergreifen wird.

England und das Ruhrabkommen.

Das Ruhrprovisorium wird am Freitag zwischen den Vertretern der alliierten Regierungen erörtert werden Der französische Plan, die Kohlensteuer einem gemeinsamen Fonds zuzuführen, aus dem zuerst die Besatzungskosten bestritten werden sollen, widerspricht nach englischer Auffassung einem Abkommen vom März 1922, nach dem die jährlichen Besatzungskosten 240 Goldmillionen nicht überschreiten dürfen Weiter befürchtet England durch die Ausführung des zwischen der Micum und dem Bergbaulichen Verein abgeschlossenen Vertrages eine Schmälerung seiner Quote an den deutschen Reparationen, die im Abkommen von Spaa auf 22 Prozent festgesetzt worden ist. Die Engländer werden in dieser Auffassung von den Italienern unterstützt, die ähnliche Befürchtungen hegen und sie durch Mussolini bereits vor dem Abschluß des Ruhrprovisoriums offen geäußert haben.

Italien will mit der deutschen Industrie verhandeln.

Nach einer Meldung des Matin aus Rom hat die italienische Regierung einen Delegierten zu Verhandlungen mit der deutschen Regierung und dem Reichsverband der deutschen Industrie in der Frage der Lieferung von Rohstoffen und Halbfabrikaten nach Berlin entsandt.

Abkommen der Solinger Industrie mit der Rheinlandkommission.

Zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit wurde zwischen der Solinger Handelskammer und den amtlichen englischen Stellen sowie mit Vertretern der Interalliierten Rheinlandkommission Verhandlungen gepflogen, die zu einem Uebereinkommen führten Nach diesem Abkommen, das zunächst für drei Monate und für eingetragene Firmen des Solinger Handelsbezirks gilt, soweit sie zu den in Frage kommenden Industrien und Handelszweigen gehören, ist für eine größere Anzahl von Erzeugnissen der Solinger Eisen- und Stahlwarenindustrie für die Ausfuhr nach dem Ausland und den Versand

Die geborene Krause.

36) Roman von Fr. Lehne.

„Sind Offenheit und Ehrlichkeit wirklich so selten, daß man sie bewundern muß," fragte Rosemarie. „Ich für mein Teil bin gewöhnt, aus meinen Empfindungen kein Hehl zu machen."

„Davon bin ich überzeugt, Frau Gräfin, da Sie schon mehr als einmal Beispiele davon gegeben haben!"

„Wäre Ihnen das Gegenteil sympathischer, Exzellenz?"

„Jedenfalls ist es unter Umständen klüger, einen Mittelweg zu halten."

„Ich will aber lieber nicht klug sein, wenn es auf Kosten der Ehrlichkeit sein müßte."

Schnell flogen Rede und Gegenrede hin und her. Man lauschte auf das Wortgeplänkel der beiden Damen, aus dem man unschwer einen gereizten Unterton heraushörte.

„Viele bezeichnen aber mit Ehrlichkeit etwas, dem man gewöhnlich einen anderen Namen gibt."

„Ich verstehe Exzellenz da nicht ganz."

„Sollten Sie gerade in diesem Falle nicht verstehen, Sie, die Sie sonst von so leichter Auffassungsgabe — und Klugheit sind?" erwiderte die Generalin in ironischem Tone.

„In der Tat, Exzellenz, ich verstehe nicht, wie man dem feststehenden, einfachen Begriff „Ehrlichkeit" noch eine andere Deutung geben kann. Ich verstehe nur, daß Takt- und Zartgefühl ein Geschenk ist, das leider nicht allzuvielen beschert wird."

Alle waren erschrocken. Die Frau machte durch ihren Mund den Mann ja unmöglich im Regiment.

Die Generalin lachte schrill auf.

„Da haben Sie vollständig recht, liebe Gräfin! Ich unterschreibe jedes Ihrer Worte. Sie selbst illustrieren Ihre Aeußerung." Mit lächelndem Hohn fixierte sie ihr Gegenüber. Furchtlos erwiderte Rosemarie ihren Blick.

„Exzellenz haben die Unterhaltung gar zu sehr auf das Persönliche hinübergeführt, daß ich nicht gern mehr folgen möchte. Vielleicht fehlt mir auch als einer simplen „geborenen Krause" die Gewandtheit dazu und — die Berechtigung."

Eine peinliche Pause trat ein. Die Damen waren beschämt, daß Rosemarie so ruhig aussprach, wie man sie hinter ihrem Rücken im Regiment nannte. Und bei einigermaßen gerechtem Nachdenken mußte man doch zugeben, daß die junge Gräfin in jeder Weise entgegenkommend, liebenswürdig und bescheiden war, und daß sie noch niemand zu nahe getreten war.

Der Oberst kannte die scharfe Zunge seiner Schwester. Und von ihr stammte auch der Spitzname, den man der jungen Gräfin Laubenberg gegeben. Das wußte er ganz genau. Beim Mittagessen erst heute wieder hatte sie gesagt: „Die „geborene Krause" geht mir förmlich auf die Nerven. Ich mag sie nicht sehen. Sie gehört nicht ins Regiment."

Und dieser seiner Schwester hatte es beliebt, eine Dame seines Regiments herauszufordern — ohne Grund. Sein Gerechtigkeitssinn durfte die Gräfin nicht verdammen, wenn sie sich wehrte. Er suchte durch einige scherzende Worte der Situation das Peinliche zu nehmen, wollte aber doch dem Rittmeister einige Worte bei passender Gelegenheit sagen, damit der bisher so gemütliche Ton im Regiment nicht unliebsam gestört wurde.

Die Generalin raunte Hans Eckardt zu: „Ihre Frau Gemahlin ist sehr mutig, allem sonst Herkömmlichen und Vorschriftsmäßigen Trotz zu bieten, sie scheint sich in den Strahlen der fürstlichen Freundschaft zu sonnen." Förmlich getränkt voll Bosheit waren ihre Worte. Zornig ballte er die Hand. Siedend heiß überlief es ihn. Urteilte man schon so über den Verkehr Eldringens in seinem Hause?

„Ich muß dich sprechen!" sagte er heiser beim Abschied von dem Freund. Dieser drückte ihm die Hand. „Zähle nur auf mich. Ich komme morgen mittag zu dir."

Wenn Eldringen Hans Eckardts Verdacht geahnt hätte!

Auf dem Nachhauseweg sprach der Rittmeister kein Wort zu seiner Frau. Doch als sie sich in ihr Schlafzimmer begeben wollte, hielt er sie zurück.

„Bitte, noch auf ein Wort, Rosemarie!"

Er öffnete die Tür zu dem Arbeitszimmer. Sie gab der wartenden Jungfer Hut und Mantel und folgte ihm. Nachdem er das elektrische Licht angedreht hatte, schob er ihr einen mit blauem Leder überzogenen Klubsessel hin. Doch sie blieb stehen. Sie ahnte ungefähr, was kommen würde, vielleicht Vorwürfe über ihr Benehmen, das ihm, dem Korrekten, sehr unsympathisch gewesen sein mußte. Dennoch ließ sie sich nichts bieten. Trotzig warf sie den Kopf zurück.

Den Kopf ein wenig geneigt, ging er auf dem weichen Perserteppich auf und ab, daß die silbernen Sporen an den schmalen Lackstiefeln leise klirrten. Groll und Liebe erfüllten sie, während sie ihn beobachtete.

Er schien wohl nicht den Anfang zu finden zu dem, was er zu sagen hatte. Nun denn, so wollte sie ihm zu Hilfe kommen.

„Hans Eckardt, du wolltest mich sprechen? Wahrscheinlich betrifft es meinen Disput mit Frau von Woldeck."

„Du hast wohl selbst das Gefühl, daß du zu weit gegangen bist?"

„Nein, Hans Eckardt. Ich hätte genügend Grund gehabt, noch viel mehr zu sagen und noch deutlicher zu werden, wenn mich nicht die Rücksicht auf dich bestimmt hätte", entgegnete sie ruhig.

„Aber die freundliche Aufforderung des Oberst abzulehnen, dazu lag keine Veranlassung vor."

„Nein, wahrhaftig nicht", sagte sie ironisch, „wenn du nur ein wenig Obacht gegeben hättest, würdest du unbedingt bemerkt haben müssen, wie empörend das Benehmen der Generalin Woldeck gegen mich, die „geborene Krause", ist. Ah, du denkst, ich weiß nicht, daß man mich so nennt? Längst habe ich das erfahren — doch: ich lache darüber, weil ich mich meines Namens nicht zu schämen brauche, auch wenn ihn nicht das Wörtchen „von" schmückt. Die Generalin verfolgt mich mit ihrer Ungnade, der Grund ist mir unbekannt. Vielleicht weil ich ihr nicht schmeichle und nachlaufe. Sie ist ausfallend und beleidigend gegen mich, wo immer sie kann. Sollte ich mich nun im Hause ihres Bruders möglicherweise weiteren Beleidigungen aussetzen, gegen die ich mich dort nicht so wehren könnte wie heute abend auf neutralem Boden? Nein!"

„Durch solche Zwischenfälle wird aber mein Bleiben im Regiment unmöglich gemacht. Verstehe mich recht, Rosemarie, ich will dir mit meinen Worten keine Schuld geben."

„Sprich dich mit dem Kommandeur aus, sage ihm das Für und Wider — ich bezweifle, daß er sich gegen dich entscheiden kann. Seine Angehörigen dürfen nicht das Recht haben, eine Dame seines Regiments zu beleidigen, auch wenn die nur eine „geborene Krause" ist. Dennoch werde ich, wenn du es wünschest, den Oberst um Entschuldigung bitten, daß ich heute abend vielleicht durch meine Worte eine unliebsame Störung hervorgerufen habe — allerdings stark herausgefordert. Auch meine Geduld hat eine Grenze. Ich werde ihm dann ausführlich die Gründe darlegen, warum ich seine Einladung nicht angenommen habe; es war mit in seinem Interesse. Kann er sich verpflichten, daß die Generalin keine Taktlosigkeit gegen mich begeht? Ich will das nicht dulden, und wenn er gerecht denkt, wird er meine Gründe anerkennen und wird es dich nicht entgelten lassen.

nach dem unbesetzten Deutschland die Abgabe von 4—8 Prozent auf 2 Prozent ermäßigt worden. Die Ermäßigung gilt für diejenigen Warenmengen, die im Durchschnitt der Monatsmenge 1922 aus dem Solinger Bezirk versandt wurden. Verhandlungen über andere in dem Abkommen nicht erwähnte Warengruppen und Tarife können von der Handelskammer sofort in Angriff genommen werden, sofern es sich um Waren handelt, die im Solinger Bezirk hergestellt werden.

Abkommen der Farbenindustrie.

Mannheim, 30 Novbr. Zwischen der interalliierten Rheinlandkommission und der Badischen Anilin- und Sodafabrik in Ludwigshafen ist ein vorläufiges Abkommen geschlossen worden, wonach u. a. die interalliierte Rheinlandkommission Ausfuhrbewilligung für die von der Interessentengemeinschaft der deutschen Farbenfabriken hergestellte Erzeugnisse, sowohl nach dem Auslande, als auch nach dem unbesetzten Deutschland erteilte. Der Export bleibt jedoch kontingentiert. Ferner regelt das Abkommen die Ausfuhr von Düngerstickstoff nach dem Auslande und nach dem unbesetzten Deutschland, soweit das besetzte Gebiet genügend mit Stickstoff versorgt ist. Ein bestimmter Prozentsatz von Produktion an Düngerstickstoff ist unentgeltlich der Rheinlandkommission zu überlassen.

Ausschuß für die besetzten Gebiete.

Der Ausschuß für die besetzten Gebiete ist nunmehr gewählt worden. Er besteht aus 20 Mitgliedern des Zentrums, 20 Mitgliedern der Sozialdemokraten, 3 Mitgliedern der Deutschen Volkspartei, 4 Deutschnationalen und 4 Demokraten. Außerdem wurde beschlossen, den Ausschuß um 2 Mitglieder zu vermehren. Es werden auf diese Weise noch 2 Kommunisten in den Ausschuß gewählt werden. In diesem befindet sich u. a. Herr von Krupp.

Mehrarbeit im Bergbau.

Berlin, 30. Nov. Um eine baldige Wiederaufnahme der Arbeit im Ruhrbergbau zu ermöglichen und um durch reichlichere und billigere Versorgung der Wirtschaft mit deutscher Steinkohle der Arbeitslosigkeit zu steuern und den Kohlenmangel zu beheben, haben die Leiter des Zechenverbandes und der Gewerkschaften im Reichsarbeitsministerium eine Vereinbarung getroffen, daß im Ruhrbergbau die Arbeiter unter Tage, sowie die mit der Förderung unmittelbar in Zusammenhang stehenden Arbeiter über Tage eine Stunde Mehrarbeit leisten.

Die 10-stündige Arbeitszeit bei Thyssen.

Der Köln. Volksztg. wird aus dem Ruhrgebiet gemeldet: Auf den Thyssen-Werken stellen sich der Wiederaufnahme der Arbeit, für welche der Thyssenkonzern die Wiedereinführung der vor dem Kriege üblichen Arbeitszeit zur Bedingung machte, Schwierigkeiten entgegen. Die Zahl der Arbeitswilligen nimmt unter dem Druck der gegen die verlängerte Arbeitszeit gerichteten Agitation ständig ab. Auch auf der August Thyssen-Hütte, wo der Betrieb in den nächsten Tagen wieder aufgenommen werden soll, wird die zehnstündige Arbeitszeit verlangt. Es verlautet, daß die noch besetzten Werke in den nächsten Tagen freigegeben werden sollen. Die Verwaltung der Thyssenwerke beabsichtigt, die Arbeiter mit eigenem werbeständigem Notgeld zu entlohnen, das durch Devisen voll gedeckt ist.

Lokales.

§ **Annen,** 1. Dezbr.

Die neuen Postgebühren.

Wie bereits gemeldet, werden die Gebühren im Post- und Postscheckverkehr zum 1. Dezember auf wertbeständige Grundlage in Rentenmark unter gleichzeitiger Ausgabe wertbeständiger Freimarken gestellt. Die wesentlichsten Gebühren, die vom 1. Dezember an innerhalb Deutschlands gelten, werden die folgenden sein:

Für Postkarten im Ortsverkehr 3 Rentenpfennige, im Fernverkehr 5;

für Briefe im Ortsverkehr bis 20 Gramm 5 Rentenpfennige, über 20—500 Gramm 10 usw., für Briefe im Fernverkehr bis 20 Gramm 10 Rentenpfennige, über 20—500 Gramm 20 usw.;

für Drucksachen bis 50 Gramm 3 Rentenpfennige, über 50—100 Gramm 5 usw.;

für Warenproben bis 250 Gramm 10 Rentenpfennige, über 250—500 Gramm 20;

für Päckchen bis 1 Kilogramm 30 Rentenpfennige;

für Pakete erste Zone bis 75 Kilometer, zweite Zone über 75 bis 375, dritte Zone über 375 Kilometer bis 3 Kilogramm 30, 60, 60 über 3 bis 5 Kilogramm 40, 80, 80, über 5 bis 6 Kilogramm 45, 90, 1,35 usw.;

für Wertsendungen (Wertbriefe und Wertpakete) die Gebühr für eine gleichartige gewöhnliche Sendung und die Versicherungsgebühr, die beträgt bei Wertbriefen für je 100 Mark der Wertangabe in Rentenmark 50 Rentenpfenige, bei unversiegelten Wertpaketen für je 20 Mark der Wertangabe in Rentenmark 5 Rentenpfennige, für Postanweisungen in Rentenmark bis 25 Mark 20 Rentenpfennige, über 25 bis 50 Mark 40 Rentenpfennige usw. Die Einschreibgebühr und Vorzeigegebühr für Nachnahmen und Postaufträge ist auf 10 Rentenpfennige festgesetzt. Für bar eingezahlte Zahlkarten (in Papiermark) bis 25 Billionen Mark sind zu entrichten 10 Rentenpfennige, über 25 bis 50 Billionen 20 Rentenpfennige usw.

§ **Annen,** 1. Dezember (Im Postverkehr mit den besetzten Gebieten) ist nach Aufgabe des passiven Widerstands im allgemeinen keine Aenderung eingetreten, insbesondere bestehen die Beschränkungen in der Versendung von Waren in Briefsendungen und Paketen fort. Dies hat seinen Grund darin, daß der Eisenbahnbetrieb zwischen dem unbesetzten Deutschland sowie zwischen dem Brückenkopfgebiet von Köln und dem übrigen Teil des besetzten Gebiets in dem erforderlichen Umfang noch nicht wieder hat aufgenommen werden können und wegen der Zollbehandlung der Postsendungen entsprechende Vereinbarungen mit den Besatzungsmächten noch nicht zustande gekommen sind. Sendungen mit zollpflichtigem Inhalt sowie Briefsendungen mit nicht zugelassenem Wareninhalt werden von den Postanstalten nicht angenommen werden, weil sie der Beschlagnahme verfallen. Ueber die Beschränkungen im Warenverkehr erteilen die Postanstalten Auskunft.

§ **Annen,** 1. Dezbr. (Helft den Notleidenden.) Das hiesige Wohlfahrtsamt schreibt uns: 90 Prozent unserer Bevölkerung leidet heute die bitterste Not. Besonders sind es die kinderreichen Familien und die Rentenempfänger. Unsere seit Januar bestehende Volksküche speist täglich 800—900 Personen. Der Kreis der Bedürftigen wird aber täglich größer. Die zur Verfügung stehenden Mittel reichen nicht aus, um allen ein warmes Mittagessen zu geben. Zum Hunger gesellt sich auch noch das Frieren. Es fehlt an Kleidung und an Brennstoff, kurz an allem, was zur Lebensnotdurft gehört. Durch Fehlen der Einnahmen ist die Gemeinde nicht mehr in der Lage, dieser immer größer werdenden Not genügend zu begegnen. Wir richten deshalb an alle Gewerbetreibende, Landwirte, Beamte, Angestellte und sonstige Lohnempfänger die dringende Bitte: Helft! Gebt schnell! Geldspenden, Nahrungsmittel und Kleidungsstücke sind besonders erwünscht. Abgaben bezw. Anmeldungen der Spenden werden vom Amts- und Gemeindevorstand entgegengenommen.

§ **Annen,** 1. Dezbr. (Das Finanzamt Witten) teilt mit: Mit dem 31 Dezbr. 1923 läuft die Gültigkeitsdauer der Wiederveräußerungsbescheinigungen für das Kalenderjahr 1923 ab. Anträge auf Erneuerung der Wiederveräußerungsbescheinigungen sind, sofern sie nicht von den einzelnen Fachverbänden verlegt werden, bis spätestens 10. Dezember ds. Js. unter Rückgabe der alten Bescheinigungen schriftlich oder mündlich an das Finanzamt Witten, Abt. Umsatzsteuer, zu richten.

§ **Annen,** 1. Dez. (Aufwertung von Hypotheken.) Wie die „Voss. Ztg." aus Leipzig meldet, hat der 5. Zivilsenat des Reichsgerichts in einem heute verkündeten Urteil den Grundsatz der Aufwertung der Hypotheken anerkannt und den Hypothekengläubigern die Befugnis ausgesprochen, die Annahme von Hypotheken zu verweigern, wenn die Rückzahlung in Papiermark erfolgen soll. In der Urteilsbegründung wird festgestellt, daß der Grundsatz Mark-Mark nicht unbedingt aufrecht erhalten werden könne. In der Aufwertungsfrage müsse jedoch auf die wirtschaftlichen Umstände der Jetztzeit Rücksicht genommen werden. Es müsse unter allen Umständen die wirtschaftliche Lage des Schuldners berücksichtigt werden, auch müsse berücksichtigt werden, ob es sich bei dem Grundstück um industriellen, landwirtschaftlichen oder Hausbesitz handelt. Den Bestimmungen des deutschen Währungsgesetzes steht die Aufwertung der Hypotheken nicht entgegen.

— (Zahlung in Rentenmark) Der amtliche preußische Pressedienst schreibt: Vielfach wird im Kleinhandel bei Zahlungen von Dollarschätzen und Goldanleihe ein größerer Rabatt gewährt. Eine Anzahl von Geschäften aber schließt dabei die Rentenmark aus. Die preußischen Polizeiverwaltungen haben nun Instruktionen erhalten, die Geschäfte, die Rabattsätze bei der Rentenmarkzahlung ausdrücklich verweigern, zu schließen, eventuell kann die Entziehung der Handelserlaubnis zur Anwendung kommen. Geschäfte, die die Annahme von Papiergeld verweigern, werden ebenfalls unter gleichzeitiger Entziehung der Handelserlaubnis von der Polizei geschlossen werden. In Frankfurt wurde ein Drogist, der den Verkauf gegen Papiermark verweigerte, zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt.

— (Wertbeständiges Geld für das besetzte Gebiet.) Nach Blättermeldungen sind die Verhandlungen über ein wertbeständiges Geld jetzt zum Abschluß gekommen. Die rheinisch-westfälischen Landesbanken übernehmen die Herausgabe des Geldes. In drei Städten des besetzten Gebietes werden Druckstellen errichtet. Die Landesbanken decken das Geld mit 60 Prozent Goldanleihe. Für die restlichen 40 Prozent haben die Städte Wechsel zu liefern, für die das Reich wieder Goldanleihe gibt, so daß das Geld voll gedeckt ist.

— (Die Volkshochschule) ladet die Astronomen auf Sonntag morgen zu Beobachtungen mit dem Spektroskop ein. Siehe Inserat.

— (Der Mieterschutz-Verein Annen) macht durch Inserat bekannt, daß von jetzt an die wöchentlichen Auskünfte jeden Mittwoch im Lokale des Herrn Emil Günedler stattfinden.

— (Zwecks Auszahlung von Quartiergeld) ist die Aufstellung einer Quartierliste erforderlich. Die diesbezgl. Ansprüche sind umgehend bis Sonnabend, 8. Dezbr. 1923 unter Vorlage der Quartierscheine auf Zimmer 9 des hiesigen Amtshauses anzumelden. Die später gestellten Anträge werden nicht mehr berücksichtigt. In Zukunft sind die Anmeldungen stets in den ersten 8 Tagen eines jeden Monats für den abgelaufenen Monat vorzunehmen, anderenfalls eine Berücksichtigung nicht erfolgt.

§ **Ende,** 1. Dezbr. (Zahlungstermin.) Die Auszahlung der Witwen- und Waisenrenten erfolgt am 3 Dezbr. nachm. 3 Uhr, für Berginvaliden und Reichsrentner ebenfalls bei Wirt Becker Auf dem Schnee.

Provinzielle Nachrichten.

Witten, 30. Novbr. (Zopfabschneider aus Hörde vor dem Militär-Polizeigericht in Witten.) Der neunzehnjährige Schlosser Graßhoff hatte sich vor dem Militär-Polizeigericht in Witten zu verantworten, weil er angeblich mit vier anderen Arbeitskollegen zusammen einem fünfzehnjährigen und einem achtzehnjährigen Mädchen, die mit Franzosen in Beziehungen standen, die Haare abgeschnitten hatte. Die Verhandlung, in der die beiden Mädchen als Zeuginnen auftraten, ergab, daß tatsächlich beiden Mädchen die Haare abgeschnitten worden waren, daß jedoch dem Graßhoff nur nachgewiesen werden konnte, daß er bei der Tat zugegen gewesen und eins der Mädchen, eine polnische Staatsangehörige, beleidigt und geschlagen habe. Die vier eigentlichen Täter, die sich der Verhandlung durch die Flucht entzogen hatten, wurden mit je 1½ Jahr Gefängnis bestraft. Graßhoff wurde zu einem Jahre Gefängnis verurteilt.

In der gleichen Sitzung wurde der Gastwirt Beismer aus Herdecke, der drei französische Soldaten zu einem Glase Kognak eingeladen hatte, zu 40 Goldmark Geldstrafe verurteilt.

Wetter, 30. Nov. (Beerdigung durch die Feuerwehr.) In der jüngsten Stadtverordnetensitzung wurde die Anregung gegeben, die Beerdigungen durch die Feuerwehr, wo es gewünscht wird, unentgeltlich auszuführen. Die Mitglieder der Wehr, welche sich schon so oft in bereitwilliger Weise in den Dienst der Allgemeinheit gestellt haben, sind zu diesem Dienst der Nächstenliebe gewillt, wenn für Stellung eines dem Zweck entsprechenden Wagens seitens der Stadt gesorgt würde.

Dortmund, 30. Nov. (Frecher Raub.) Am Montag nachmittag drangen einige bewaffnete junge Burschen in den Metzgerladen Oesterholzstraße 24 und nahmen unter Drohungen mit dem Revolver dem dort befindlichen Inhaber eine Anzahl Würste, sowie Speck und Schinken vor der Nase weg. Als die antelephonierte Polizei erschien, waren die Spitzbuben schon verduftet.

— (Raubüberfall.) Auf der Münsterstraße wurde ein Kaufmann von unbekannten Tätern überfallen und seiner goldenen Uhr mit Kette beraubt. Es handelt sich um eine Sprungdeckeluhr mit der Nr. 252849. Auf der Außenseite des Deckels befindet sich ein großes Monogramm „J. B." Zweckdienliche Mitteilungen nimmt der Kriminalbezirk 4, Steinstr. 48, Zimmer 9, entgegen.

Hamm, 30. Novbr. (Ein Bettler mit einem Rucksack voll Papiergeld.) Die immer größer werdende Zahl der Bettler wird zu einer Plage. Am Freitag wurden drei auswärtige Arbeiter, die bettelnd von Haus zu Haus zogen, aufgegriffen und dem Richter zugeführt. Einer von ihnen, der nebenbei stark angeheitert war, trug einen Rucksack voll Papiergeld mit.

Gevelsberg, 30. Nov. (Eine dunkle Geschichte.) In der Nacht zum 14 ds. Monats wurde die hiesige Polizei von einem Bürger darauf aufmerksam gemacht, daß an dem Zigarrengeschäft von Gerhardt Einbrecher am Werke seien. Die Polizeistreife stellte sie und gab, als sie flüchtig wurden, zwei Schüsse ab. Einer der Einbrecher wurde getroffen und hat er, wie später festgestellt, einen Beckenschuß erhalten. Er ließ sich dann noch in derselben Nacht von einem hiesigen Arzt verbinden und ging nach Hause. Am Morgen fand die Mutter ihren 22jährigen Sohn mit einer weiteren Schußwunde — Durchschuß durch den Kopf — in seinem Zimmer tot auf dem Fußboden liegen. Die inzwischen abgehaltene Leichenschau hat ergeben, daß der zweite Schuß, der von tödlicher Wirkung war, an der Kopfwand keinerlei Spur hinterlassen hatte, woraus auf sein Abgeben aus nächster Nähe, also auf Selbstmord, zu schließen gewesen wäre. Es liegt somit der dringende Verdacht vor, daß der junge Mann nachträglich von seinem Genossen, um den unbequemen Zeugen zu beseitigen, ermordet worden ist.

Hemer, 30. Novbr. (Die Tat eines Hakenkreuzlers.) Auf dem hiesigen jüdischen Friedhof ist auf der Grabstätte der Familie Bartmann die Marmorplatte von ruchloser Hand zertrümmert und ein Hakenkreuz auf den Grabhügel gesetzt worden.

Münster, 30. Novbr. (Einen tragischen Lebensabschluß) fand der 21jährige Baugewerkschüler Heinrich R. von hier, der ein Liebesverhältnis zu einer 15jährigen Schülerin in Bielefeld unterhielt. Als bei einem Besuch des jungen Mannes bei den Eltern diese ihm Vorhaltungen machten, brachte sich der Schüler R. kurzerhand mit einem Revolver einen Schuß unter dem Herzen bei. An dieser Schußverletzung ist der junge Mann am Mittwoch morgen im Clemens-Hospital gestorben, nachdem er vorher noch bestätigen konnte, daß er sich tatsächlich selbst erschossen hat. Das Mädchen hatte vorher einen Brief geschrieben, in dem sie den Erschossenen aufforderte, Morphium zu besorgen, womit sie sich beide vergiften wollten.

Oelde, 30. Nov. (Großes Schadenfeuer.) Durch ein gewaltiges Schadenfeuer ist die große Scheune des Gutsbesitzers Keitlinghaus vollständig eingeäschert worden. Verbrannt sind 70 Fuder ungedroschenes Getreide, 20 Fuder Heu, vier mit Getreide beladene Wagen und die elektrische Anlage.

Bohwinkel, 30 Novbr. (2 französische Soldaten vom Zuge getötet.) Nach amtlicher Meldung hat hier Montag nachmittag gegen 7 Uhr der einfahrende Personenzug 558 zwei französische Soldaten überfahren und getötet. Die beiden Soldaten wollten vom Bahnsteig 2 nach Bahnsteig 1 zur Revision des in Gleis 1 ankommenden D-Zuges 188 das Gleise überschreiten. Hierbei wurden sie von dem in entgegengesetzter Richtung einlaufenden Personenzuge, den sie nicht beachtet hatten, erfaßt und getötet. Die französische Besatzungsbehörde hat die Leichen bereits übernommen.

Papenburg, 30. Nov. (Seinen Schwager erschlagen.) In dem benachbarten Latter hat der Landwirt E. seinen Schwager L. mit einem schweren Holzstück erschlagen. Der Erschlagene wurde am nächsten Morgen aufgefunden. Der Landwirt hat die Tat eingestanden und ist ins hiesige Gerichtsgefängnis überführt worden.

Essen, 30. Nov. (Verlängertes Zeitungsverbot.) Das Verbot der Rheinisch-Westfälischen Zeitung ist zunächst verlängert worden.

Goch, 28 Nov. (Eine geheimnisvolle Guldengeschichte) spielte sich, wie dem „Clever Kreisblatt" berichtet wird, hier ab. Kam hier ein Motorradfahrer scheinbar von der Grenze. Aus irgend einem Grunde — jedenfalls nicht freiwillig — funktionierte der Apparat auf der Frauenstraße nicht mehr. Als endlich mit Hilfe Dritter das Vehikel wieder in Gang gesetzt wurde, verlor der Mitfahrer eine Reihe von 1000 Gulden-Scheinen — man spricht von insgesamt etwa 100 000 Gulden — die natürlich bei den Passanten freundliche Aufnahme fanden.

Elsdorf, (Kreis Bergheim), 28. Novbr. (6 Schweine gestohlen.) Einem Gutsbesitzer wurden in einer der letzten Nächte aus dem Stalle 6 Schweine gestohlen, ein fettes und fünf jüngere Tiere. Das fette Schwein wurde an Ort und Stelle abgeschlachtet.

— (Eine ganze Schafherde), etwa 300 Stück, wurden in Holzheim im Rheinland gestohlen.

Köln, 26 Nov. (Im Kampf um Kohlen.) Auf dem Zechenplatz der Zeche Lohberg bei Dinslaken versuchte eine vieltausendköpfige Menge mit Gewalt sich in den Besitz von Kohlen zu setzen, die von der Besatzungsbehörde beschlagnahmt worden waren. Als sie von Zechenbeamten und Landjägern daran gehindert wurden, fielen sie mit Heckenstielen über die Landjäger her, zerschmetterten den Landjägermeister Klaas mit einer Spitzhacke den Schädel und mißhandelten einen anderen Polizeibeamten zu Tode. Nach Eintreffen ergiebiger Verstärkungen konnte der Platz geräumt werden.

Bonn, 30 Novbr. (Ueber hundert Holzdiebe verhaftet) wurden hier auf dem Venusberge, wo man seit Eintritt der Kälte fortgesetzt Bäume fällte. Auch wurden viele Säzen und Beile beschlagnahmt.

Metz, 30. Nov. (Reiches Vermächtnis.) Der am 21 November im Metropolitain-Hospital in New York im Alter von 92 Jahren verstorbene Newyorker Bürger Louis Lohmeier vermachte seiner Vaterstadt Mainz testamentarisch die Summe von 75 000 Dollar zur Verteilung an Waisenhäuser und andere Wohltätigkeitsanstalten. Das Testament spricht außerdem der in Mainz lebenden Schwester des Verstorbenen den Zinsgenuß aus einem Legat von 20 000 Dollar zu.

Aus aller Welt.

Vom Kirchturm ins Grab.

Es handelt sich hier nicht um eine Geistergeschichte, sondern um eine ganz reale Begebenheit. In dem französischen Landstädtchen La Quarte hatte der Dachdecker Henri Blangarin den Auftrag erhalten, das Dach des Kirchturmes auszubessern. Wie üblich führte er seine Arbeit auf einer Planke sitzend aus, die an einem Seile zu der luftigen Arbeitsstätte nachgezogen wurde. Infolge einer noch rätselhaften Ursache rissen die Seile plötzlich und der arme Dachdecker stürzte aus einer Höhe von mehr als 25 Meter in die Tiefe. Der Zufall hatte es gefügt, daß er direkt in ein offenes Grab fiel, das gerade ausgeschaufelt worden war, wo er tot liegen blieb. Man brachte den angeblich Toten in das Hospital, wo man bald nicht ohne Ueberraschung feststellen konnte, daß sich der Dachdecker bei seinem Sturze keinerlei ernstliche Verletzungen zugezogen hatte, und daß die tiefe Ohnmacht, aus der er übrigens bald erwachte, nur eine Folge des großen Schreckens gewesen sei.

■ ■ ■

— **Den Vater im Streit erstochen.** Mittwoch abend wurde in Berlin der 50 Jahre alte ehemalige Kasernenwärter Jakobus Majelnek nach voraufgegangenem Streit mit seiner Ehefrau, die er mit einem Kochtopf zu erschlagen drohte, von seinen beiden 19 bezw. 18 Jahre alten Söhnen Franz und Johannes, die der Mutter zu Hilfe eilten, mit einem Totschläger und Messer derartig bearbeitet, daß er bewußtlos zusammenbrach. Sein Sohn Franz brachte ihn nach dem Urban-Krankenhaus, wo der Arzt einen schweren Schädelbruch und mehrere Verletzungen durch Messerstiche feststellte. M. wurde sofort operiert, doch war keine Rettung mehr möglich. Er verstarb bereits während der Operation. M. soll seit Jahren Trinker gewesen sein und seine Frau häufig mißhandelt haben.

— **Vier Leichen in der Küche.** In seiner Wohnung in Berlin wurde der Arbeiter

Ernst Wendt mit seiner Ehefrau und deren verheirateten Tochter aus erster Ehe tot aufgefunden. In der Küche, ebenfalls tot, wurde ein Polizeihauptwachtmeister gefunden. Die Gashähne waren geöffnet. Es ist noch nicht aufgeklärt, ob es sich um ein Verbrechen oder um einen gemeinsamen Selbstmord handelt.

— **Eine Aktionärversammlung von Räubern überfallen.** Wie die Braunschweigische Landeszeitung mitteilt, drang eine maskierte Bande von 8 bis 10 Mann, die mit Revolvern und Handgranaten bewaffnet waren, in die Bürotäume der Mühle Rüningen ein, in denen noch 8 Herren der Aktiengesellschaft versammelt waren. Sie raubten die offenen stehenden Geldschränke aus, in denen sich größere Beträge befanden. Zwei verschlossene Schränke vermochten sie nicht zu öffnen. Die Räuber entkamen.

— **Berühmte Briefe unter dem Hammer.** In Neuyork werden demnächst die Briefe des Admirals Nelson mit anderen Dokumenten der Sammlung Boule versteigert werden. Unter den Briefen befinden sich die Liebesbriefe Nelsons an Lady Hamilton.

Neueste Nachrichten.

Die Freien Gewerkschaften zur Arbeitsaufnahme.

Essen, 1. Dezbr. Das Kartell der Freien Gewerkschaften hat durch Anschlag in den Betrieben bekannt gegeben: Nachdem der Manteltarifvertrag mit der Micum unterzeichnet worden ist, wird am Samstag die Arbeit in allen Betrieben wieder voll aufgenommen. Die Arbeiterschaft habe sich vormittags in den Betrieben einzufinden und müsse sich verpflichten, strenge Disziplin zu üben und nur dem Betriebsrat Gehorsam zu leisten.

Verbot der Kölnischen Zeitung.

Köln, 1. Dezbr. Die Kölnische Zeitung veröffentlicht an der Spitze ihrer gestrigen Abendausgabe eine Mitteilung, laut der sie auf Verfügung der interalliierten Rheinlandkommission ihr Erscheinen vorläufig einstellen muß.

Verurteilte Separatisten.

Köln, 1. Dezbr. Das englische Kriegsgericht verurteilte zwei Separatisten, die ihre Tätigkeit auf die englische Zone zu übertragen versucht hatten, zu je 6 Monaten Gefängnis wegen unbefugten Waffen- und Munitionsbesitzes.

Kirchliche Nachrichten.

(Evang. Kirche Annen.)

Sonntag vorm. 9½ Uhr Gottesdienst Pfarrer Müller. 10½ Uhr Unterwahl der ausscheidenden Repräsentanten.

11 Uhr Kindergottesdienst, 12 Uhr Kindertaufen.

Mittwoch abend 8 Uhr Bibelstunde im Vereinshause. Freitag abend 7 Uhr Beichtstunde im Vereinshause.

Humoristische Ecke.

— **Gute Antwort.** Frau (entrüstet): „Nein, denke dir nur, drüben Müllers Frau ist nüher Köchin gewesen! — Mann: „Ich wollte, du auch!"

— **Wo sind die Reichen?** „Wenn ich des Sonntags auf die Kanzel steige", sagte ein Pastor, „und die kostbaren Sonntagsgewänder meiner Pfarrkinder sehe, ihre schönen Röcke, ihre ledergeschmückten Hüte, so sage ich mich: „Wo sind die Armen?" — Wenn ich aber nach der Predigt die Kirchenbüchse öffne und die vielen kleinen Papierscheine zähle, dann frage ich mich: „Wo waren die Reichen?"

— **Fabel.** „Wir haben jetzt eine kleine Katz', es kann auch ein Kater sein. Das Tierchen kann sprechen. Gestern fragte ich es: „Na, wie geht's Dir?" — „Mau!" war die Antwort. — „Mir auch!" sagte ich!"

Wirtschafts-Zahlen.

1 Goldmark (19. 11.)	1 000 000 000 000
1 Goldpfennig	10 000 000 000
Silber-Ankaufspreis (26. 11.)	400 000 000 000
Dollar-Mittelkurs	4 210 500 000 000
Goldzollaufgeld (20.—23. 10)	93 599 999 900
Reichssteuer-Umrechnungssatz (17. 11.) 1 Goldmark	1 000 000 000 000
Steuerabzug-Multiplikator (25—1. 12.)	700 000
Reichsbankzinsfuß	90%
Großhandelsziffer (27. 11.)	1 422 900 000 000
Lebenshaltungsindex (27. 11.)	1535 000 000 000
Personenverkehrsindex (ab 29 10.)	6 000 000 000
Güterverkehrsindex (ab 29. 10)	12 000 000 000
Buchhändl. Schlüsselzahl	1 100 000 000 000

(Vom 1. Dezember an):

Postkarten im Ortsverkehr	3	Rentenpfg.
„ „ Fernverkehr	5	„
Briefe im Ortsverkehr bis 20 Gr.	5	„
„ „ „ 20—250 Gr	10	„
„ „ Fernverkehr bis 20 Gr.	10	„
„ „ „ 20—250 Gr.	20	„

Bei der vorläufig noch zugelassenen Papiergeldzahlung erfolgt die Umrechnung zum Goldumrechnungssatz für Reichssteuern.



Statt besonderer Anzeige.

Heute abend 5½ Uhr entschlief sanft und gottergeben nach einem arbeits- und segensreichen Leben mein innigstgeliebter Mann, unser guter, treusorgender Vater, Schwiegervater, Großvater und Onkel

P. F. Specht senior

im Alter von beinahe 82 Jahren.

Wir bitten um stille Teilnahme:

Die trauernden Hinterbliebenen.

Witten-Annen, M.-Gladbach, Wengern und Langendreer, den 29 November 1923.

Die Beerdigung findet statt am Montag, den 3. Dezember nachm. 3½ Uhr vom Sterbehause, Rheinischestraße 140.

Trauerfeier ½ Stunde vorher.



sind das schönste farbige Witzblatt für die Familie

„Immer mit der Zeit schreitend und für die Zeit."
„Eine Quelle herzerquickenden Frohsinns."

Wöchentlich eine reichhaltige Nummer.

Das Abonnement kann jederzeit begonnen werden. Ueber die Bezugspreise unterrichtet der Buchhändler, das Postamt oder unmittelbar der

Verlag der Meggendorfer-Blätter
J. F. Schreiber, München, Residenzstraße 10.

Druckſachen

aller Art

liefert in kürzester Zeit die Buchdruckerei

Fritz Küching,

Annen.

Goldwaren und Schmucksachen

Moderne Colliers, Medaillons, Anhänger in jeder Art, Damen- u. Herrenringe in den modernsten Formen, **Broschen und Ohrgehänge, Armbänder, Kreuze, Vorsteckнadeln, Damen- u. Herrenuhrketten** in 16 versch. Qual., **Brillant-Ringe, Brillant-Broschen, Brillant-Ohrgehänge** etc.

Sehr große Auswahl! Billigste Preise!

A. Eick & Comp.

Ballenstraße 36—38 Dortmund Ballenstraße 36—38
beim Bezirks-Kommando.

Am Donnerstag verschied unser langjähriges treues Mitglied und Mitbegründer unseres Vereins

Kamerad

P. Fr. Specht

Ehre seinem Andenken!

Zur Beerdigung versammeln sich die Mitglieder am Montag nachm. um 3½ Uhr im Hut am Sterbehause.

Im Auftrage:

Bökenkamp.

Annener Männer-Gesang Verein.

Am Donnerstag verschied unser langjähriges treues Mitglied

Herr

P. Fr. Specht

Sein Andenken halten wir in Ehren!

Zur Beerdigung versammeln sich die Mitglieder am Montag nachmittags 2 Uhr im evgl. Vereinshaus.

Der Vorstand.

Mieterschutzverein Annen.

Die wöchentlichen Auskünfte finden von jetzt ab jeden Mittwoch von 4—6 Uhr im Lokal Emil Günedler Herdeckerstraße statt. Die diesmonatl. Versammlung fällt aus.

Der Vorstand.

Zwei Brüder suchen frdl.

möbl. Zimmer

mit oder ohne Pension Gefl. Offerten unter L 50 an die Geschäftsst.

Volkshochschule.

Die Astronomen versammeln sich Sonntag morgen um 11¼ Uhr im Zimmer 1b der Mittelschule zwecks Beobachtungen mit dem Spektroskop. Gäste sind willkommen.



3¼ Monate altes

Schwein

gegen ein gedecktes Milchschaf zu vertauschen.

Bruneburg 6a

Krätzurgan beseitigt sofort unauffällig, mild, unschädl. Juckreiz u. fast alle Hautleiden. Drog. Dinslage. Auch Versand

Heinrich Specht
Dipl.-Ing.
Herta Specht
geb. Schreyer
Vermählte

Düsseldorf-Oberkassel, d. 30. Nov. 1923.
Lueg-Allee 129.

Bekanntmachung

betreffend Mietzuschläge.

Auf Grund der Ziffer XXX Absatz 2 der Ausführungsbestimmungen zum Reichsmietengesetz vom 4 August 1923 — II 6 3083 — setze ich hiermit unter Abänderung der Bekanntmachung des Vorsitzenden des Kreisausschusses in Hörde vom 27. November 1923 folgende Mietszuschläge für den Landkreis Hörde vom 1. Dezember d. Js. ab fest: Für

Zinssteigerung	28 500 000 000 %
Verwaltungskosten	1 710 000 000 000 %
laufende Instandsetzungsarbeiten	5 700 000 000 000 %

Demnach erhöhen sich die Mieten für Wohnräume rund auf das 75 milliardenfache der Grundmiete.

Hierzu tritt für gewerbliche Räume ein Zuschlag von 25% zu den Verwaltungskosten = 427 500 000 000 % und von 75% zu den laufenden Instandsetzungsarb. = 4 275 000 000 000 % sodaß die Mieten für gewerbliche Räume rund das 120 milliardenfache betragen.

Essen, den 30. November 1923.

Der Verbandspräsident des Siedlungsverbandes Ruhrkohlenbezirk.

Bekanntmachung.

Der unterm 30. 11. 23. für das Versorgungsgebiet Gemeindebezirk Annen zur Berechnung kommende Wasserpreis beträgt

320 Milliarden Mark je cbm.

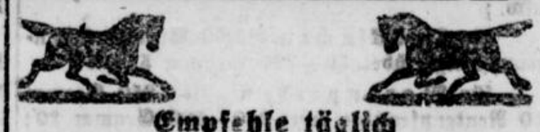
Die Wassergeldberechnungen sind sofort bei Vorzeigen in bar an den Geldeinheber zu zahlen oder an unserer Kasse in Dortmund, Hagenstr. 1, (geöffnet von 8—12 Uhr) 2 Tage nach Rechnungszustellung. Wir müssen uns vorbehalten, bei Zahlungsverzug den evtl. am Zahlungstage geltenden höheren Wasserpreis zu berechnen.

Es wird darauf hingewiesen, daß eine besondere Mahnung zur Zahlung nicht erfolgt. Die Vorzeigung der Rechnung durch die Geldeinheber gilt gleichzeitig als Zahlungsaufforderung, die Aushändigung im Nichtzahlungsfalle als Mahnung.

Dortmund, den 30. November 1923.

Dortmunder Wasserwerks-Gesellschaft m. b. H.

Leinöl gekocht
(Marke Alberdingk)
Terpentin-Ersatz
alle Lacke und Farben
billigst.
H. F. Wellershoff,
Stockum. Fernruf 1360.



Empfehle täglich
Ia. Fleisch- und Wurstwaren.
Ernst Feldheim, Witten
Oberstraße 26. Telephon 787.
Schlachtpferde werden zu höchsten Tagespreisen angekauft.

Bestellungen

auf die „Annener Zeitung" werden jederzeit von den Boten u. in der Geschäftsstelle entgegengenommen.